

Hauptsatzung der Gemeinde Wester-Ohrstedt (Kreis Nordfriesland)

Auf Grund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 7. November 2013 und mit Genehmigung des Landrates des Kreises Nordfriesland vom 16. Dezember 2013 folgende Hauptsatzung für die Gemeinde Wester-Ohrstedt erlassen:

§ 1

Siegel

(zu beachten: § 12 GO)

Das Dienstsiegel der Gemeinde zeigt das kleine Landeswappen mit der Inschrift „Gemeinde Wester-Ohrstedt Kreis Nordfriesland“.

§ 2

Bürgermeisterin oder Bürgermeister

(zu beachten: §§ 16 a, 27, 28, 34, 35, 43, 47, 50 und 51, 76, 82, 84, 95 d und f GO)

- (1) Der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister obliegen die ihr oder ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.
- (2) Sie oder er entscheidet ferner über
 1. Stundungen bis zu einem Betrag von 1.000 €.
 2. den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 500 € nicht überschritten wird.
 3. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag 500 € nicht überschritten wird.
 4. den Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 2.500 € nicht übersteigt.
 5. den Abschluss von Leasing-Verträgen, soweit der monatliche Mietzins 300 € (die Gesamtbelastung 3.600 €) nicht übersteigt.
 6. die Veräußerung und die Belastung von Gemeindevermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung einen Wert

von 600 € nicht übersteigt.

7. Annahme und Vermittlung von Schenkungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen bis zu einem Wert von 1.000 €.
8. Annahme von Erbschaften bis zu einem Wert von 1.000 €.
9. die Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden, soweit der monatliche/jährliche Mietzins 300 €/3.600 € nicht übersteigt.
10. die Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 2.500 €.
11. Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen bis zu einem Wert von 600 €.
12. die Gewährung von Zuweisungen und Zuschüssen bis zu einem Betrag von 300 €.
13. die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB.
14. die Ausübung von Mitwirkungs- und Beteiligungsrechten der Gemeinde nach den Bestimmungen des BauGB, LNatSchG und des BImSchG (Hinweis: Bundesimmissionsschutzgesetz).
15. die Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts (§§ 24, 25 BauGB).
16. Teilungsgenehmigung nach BauGB (§ 19 BauGB).

§ 3

Gleichstellungsbeauftragte

(zu beachten § 22a Abs. 5 AO)

Die Gleichstellungsbeauftragte des Amtes Viöl kann an Sitzungen der Gemeindevertretungen und Ausschüsse teilnehmen. Dies gilt auch für nicht öffentliche Teile von Sitzungen. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung sind ihr rechtzeitig bekannt zu geben. In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen.

§ 4

Ständige Ausschüsse

(zu beachten: §§ 16 a, 45, 45 a, 45 b, 46, 59 Abs. 4, 94 Abs. 5 GO, 95n Abs. 5 GO)

- (1) Der folgende ständige Ausschuss nach § 45 Abs. 1 GO wird gebildet:

Finanzausschuss:

Zusammensetzung:

5 Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter

Aufgabengebiet:

Finanzwesen, Steuerwesen, Grundstückswesen, Stundungsanträge bei Ansprüchen bis 2.500 € oder Stundungsdauer über ein Jahr, Prüfung des Jahresabschlusses (Prüfung der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, der Teilrechnungen, der Bilanz und des Anhanges nach § 95 n Abs. 1 GO)

1) Bau-, Planungs- und Umweltausschuss:

Zusammensetzung:

6 Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter, eine/ einen zur Gemeindevertretung wählbare Bürgerin/ wählbarer Bürger

Aufgabengebiet:

Bau- und Planungswesen (Aufstellungsbeschlüsse sowie Entwurfs- und Auslegungsbeschlüsse für Flächennutzungspläne, Landschaftspläne, Rahmenpläne und Bebauungspläne einschließlich Änderungen), Infrastruktur, Dorfverschönerung, Umweltschutz.

- (2) Neben den in Abs. 1 genannten ständigen Ausschüssen der Gemeindevertretung werden bei Bedarf die nach besonderen gesetzlichen Vorschriften zu bildenden Ausschüsse bestellt.
- (3) Die Zahl der Ausschusssitze kann sich durch Anwendung des § 46 Abs. 1 und 2 GO (Überproportionalitätsmandate, beratendes Grundmandat) erhöhen.
- (4) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und der nach § 46 Abs. 9 GO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Personen übertragen.

§ 5

Gemeindevertretung

(zu beachten: §§ 27, 28 GO)

Die Gemeindevertretung trifft die nach §§ 27 u. 28 GO zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie sie nicht auf die Bürgermeisterin/den Bürgermeister oder auf ständige Ausschüsse übertragen hat.

§ 6

Einwohnerversammlung

(zu beachten: § 16 b GO)

- (1) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner einberufen. Das Recht der Gemeindevertretung, die Einberufung einer Einwohnerversammlung zu verlangen, bleibt unberührt. Die Einwohnerversammlung kann auch auf Teile des Gemeindegebietes beschränkt durchgeführt werden.
- (2) Für die Einwohnerversammlung ist von der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung eine Tagesordnung aufzustellen. Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mindestens 50 v. H. der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner einverstanden sind. Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung sind öffentlich bekannt zu geben.
- (3) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung leitet die Einwohnerversammlung. Sie oder er kann die Redezeit auf bis zu 5 Minuten je Rednerin oder Redner beschränken, falls dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. Sie oder er übt das Hausrecht aus.
- (4) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung berichtet in der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und stellt diese zur Erörterung. Einwohnerinnen und Einwohnern ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung ist offen abzustimmen. Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mindestens 50 v. H. der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner abgegeben werden. Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht Gemeindeangelegenheiten betreffen, ist nicht zulässig.
- (5) Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift muss mindestens enthalten:
 1. die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
 2. die Zahl der teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohner,
 3. die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
 4. den Inhalt der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde und

5. das Ergebnis der Abstimmung.

Die Niederschrift wird von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung und der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet.

- (6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Gemeindevertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

§ 7

Verträge nach § 29 GO

Verträge der Gemeinde mit Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern, Mitgliedern oder stellvertretenden Mitgliedern der Ausschüsse nach § 46 Abs. 3 GO sowie der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und juristischen Personen, an denen Gemeindevertreterinnen oder Gemeindevertreter, Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder der Ausschüsse nach § 46 Abs. 3 GO oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beteiligt sind, sind ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 10.400 €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 300 € halten. Ist dem Abschluss des Vertrages eine öffentliche Ausschreibung vorangegangen und der Zuschlag nach Maßgabe der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) oder der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) oder der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) erteilt worden, so ist der Vertrag ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn er sich innerhalb einer Wertgrenze von 20.800 €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 600 € hält.

§ 8

Verpflichtungserklärungen

(zu beachten: § 51 GO)

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 10.400 €, bei wiederkehrenden Leistungen 300 € monatlich nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 51 Abs. 2 und 3 der GO entsprechen.

§ 9

Veröffentlichung

(zu beachten: Bekanntmachungsverordnung)

- (1) Satzungen der Gemeinde werden durch Aushang an der amtlichen Bekanntmachungstafel, die sich
- a) an der Hauptstraße auf dem Grundstück des MarktTreffs an der Grund-

- stücks-Nordgrenze,
b) an der Nordseite des Bürgersteiges vor dem Ehrenmal, Ohrstedt-Bahnhof-Nord und
c) auf dem Grundstück Westerholz 5 an der Grundstücks-Nordgrenze

befinden, bekannt gemacht.

- (2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen.
- (3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 10 Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 20. November 2003, zuletzt geändert durch Satzung vom 1. November 2007, außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrats des Kreises Nordfriesland vom 16. Dezember 2013 erteilt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Wester-Ohrstedt, 6. Januar 2014

Bürgermeister

- 1) **geändert** durch I. Nachtragssatzung vom 12. August 2019, beschlossen durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Wester-Ohrstedt am 11. Juni 2019, in Kraft getreten am 22. August 2019